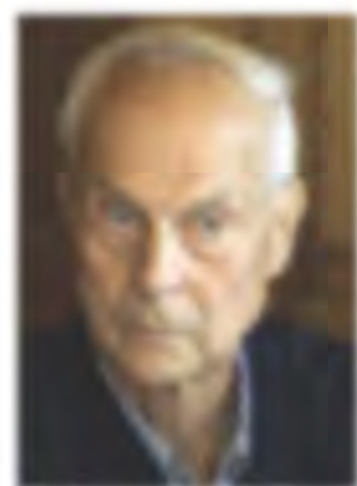




Der Bundesrat Rudolf Friedrich (2011 bis 2013) im Amt.

Rudolf Friedrich tot

ALT-BUNDESRAT Der frühere Justizminister (1982–1994) Rudolf Friedrich, auf dem die Lex Friedrich bei Grundrechtsverletzungen zurückgeht, ist im Alter von 80 Jahren in Winterthur gestorben.

In Erinnerung bleibt der legendäre Bundesrat Rudolf Friedrich als Winterthurer als einer der grossen politischen Führer und Vater der Lex Friedrich, der im Jahre 1982 die Grundrechtskommission ins Leben rief. Der Bundesrat Friedrich war ein Mann der Mitte, der sich für die eigene Partei die Geschäfte zur Energiewende. Die Parteiverantwortlichen trauen ihm sogar zu, die SVP in den nächsten Wahlkampf zu führen. Manche sehen in der Ernennung Röstis allerdings nur ein Mittel zum Zweck: Mit ihm als Aushängeschild und einem moderateren Auftritt soll die Partei breitere Wählerschichten erschliessen. Darauf angesprochen verweist Rösti auf sein Stimmverhalten: Er trete wohl gemässigt auf, stimme aber konsequent auf der Linie der rechtsbürgerlichen Fraktion. Als Hauptgrund für seine Ernennung zum Kampagnenleiter nennt Rösti seine **Unabhängigkeit**: Er repräsentiere keinen grossen Interessenverband.

Nur zwei Jahre Bundesrat

Der FDP-Führer war nur zwei Jahre in der Landesregierung. Der Jurist Rudolf Friedrich war von 1982 bis 1984 Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Seine wichtigsten Geschäfte veranlasste er als Bundesrat: Die Lex Friedrich, die Grundrechtskommission, die Lex Friedrich, die Grundrechtskommission, die Lex Friedrich, die Grundrechtskommission.

Als der Politik eng an sich gedrückt wurde, wurde er als Vermittler zwischen den Parteien. Er war ein Mann der Mitte, der sich für die eigene Partei die Geschäfte zur Energiewende. Die Parteiverantwortlichen trauen ihm sogar zu, die SVP in den nächsten Wahlkampf zu führen.

Seine politische Laufbahn begann 1982 mit der Wahl ins Winterthurer Stadtparlament. In den Jahren 1987 bis 1991 war er Mitglied im Grossen Rat. Er war ein Mann der Mitte, der sich für die eigene Partei die Geschäfte zur Energiewende. Die Parteiverantwortlichen trauen ihm sogar zu, die SVP in den nächsten Wahlkampf zu führen.

Gegner von Blücher

Nach dem Scheitern und einer Reformkommission verliess Rudolf Friedrich eine lange politische und politische Tätigkeit. Er engagiert sich in verschiedenen Bereichen, unter anderem in der FDP. Er war ein Mann der Mitte, der sich für die eigene Partei die Geschäfte zur Energiewende. Die Parteiverantwortlichen trauen ihm sogar zu, die SVP in den nächsten Wahlkampf zu führen.

Die FDP Schweiz hat gestern noch grossen Respekt vor dem Mann, der als einer der grossen politischen Führer und Vater der Lex Friedrich, der im Jahre 1982 die Grundrechtskommission ins Leben rief.

NATIONALRAT LEISTUNGSBILANZ BEI HALBER LEGISLATUR

Was die Berner Newcomer auf der

Elf Bernerinnen und Berner sind in dieser Legislatur neu in die Bundespolitik eingestiegen. Sie alle politisieren im Nationalrat. Diese Zeitung hat sie vorgestellt und mit ihnen über Ziele sowie ihre persönliche Situation gesprochen. Zur Halbzeit der Legislatur haben wir nun erneut nachgefragt. Das Resultat ist die folgende Bilanz:

Texte Bernhard Kislig

Bilder abl, bm, hub, sa, suk, ubl, key, zvg

ALBERT RÖSTI (SVP)

Der SVP-Nationalrat wirkt brav und nicht wie jemand, der Ellbogen ausfährt. Dies bestätigt er mit einem politischen Credo: «Provozieren ist erlaubt, solange niemand beleidigt wird.» Obwohl sich die SVP manchmal keinen Deut um solche Stilfragen schert, konnte Rösti in der Bundeshausfraktion rasch Tritt fassen. In der ersten Legislaturhälfte zog Rösti bei der Debatte zur Agrarreform für die SVP-Fraktion die Fäden. In der Energiekommission vertrat er zudem für die eigene Partei die Geschäfte zur Energiewende. Die Parteiverantwortlichen trauen ihm sogar zu, die SVP in den nächsten Wahlkampf zu führen. Manche sehen in der Ernennung Röstis allerdings nur ein Mittel zum Zweck: Mit ihm als Aushängeschild und einem moderateren Auftritt soll die Partei breitere Wählerschichten erschliessen. Darauf angesprochen verweist Rösti auf sein Stimmverhalten: Er trete wohl gemässigt auf, stimme aber konsequent auf der Linie der rechtsbürgerlichen Fraktion. Als Hauptgrund für seine Ernennung zum Kampagnenleiter nennt Rösti seine **Unabhängigkeit**: Er repräsentiere keinen grossen Interessenverband.



NADJA PIEREN (SVP)



Jüngere Politiker und insbesondere Frauen, die stramm auf bürgerlich-konservativer Linie marschieren, geniessen in der SVP viel Rückhalt und werden gefördert. So auch Nadja Pieren. Die Kinderkrippenleiterin legte einen steilen Einstieg hin und

ALEXANDER TSCHÄPPÄT (SP)

Der Berner Stadtpräsident ist eigentlich kein Neuer: Nach acht Jahren Absenz ist er 2011 in den Nationalrat zurückgekehrt. Den Vorwurf, er habe seither noch keine grossen Stricke zerrissen, quittiert Tschäppät ohne Umschweife mit: «Das ist auch nicht meine Aufgabe.» Er will lieber die Interessen der Städte wahrnehmen, «die fast keine politische Lobby haben». Und dafür genügt ihm der Sitz in der Geschäftsprüfungskommission. So schafft er Nähe zur Bundesverwaltung, welche für die Stadt Bern wichtig ist. Öffentlich aufgefallen ist Tschäppät im Nationalrat vor allem mit seinem Nein zur «Lex USA» – dem gescheiterten Abkommen zur Lösung des Steuerstreits mit den USA.



zog im Nu ins Vizepräsidium der SVP Schweiz ein. Doch sie will nicht nur eine Vorzeigefrau sein. Und das ist sie auch nicht. So leitet Pieren die Abstimmungskampagne für die Familieninitiative der SVP (Abstimmung am 24. November). An vorderster Front bekämpfte sie mit Erfolg den Familienartikel, mit dem die CVP eine breitere Unterstützung von Familien im Schweizer Recht verankern wollte. Ihren ersten «Arena»-Auftritt meisterte sie trotz Nervosität gut. Gemeinsam mit dem Solothurner Nationalrat Walter Wobmann ergriff sie das Referendum gegen die Preiserhöhung der Autobahnvignette, über die das Volk im November abstimmt. Pieren brillierte vor allem bei Themen mit starker Aussenwirkung.



MATTHIAS AEBISCHER (SP)

Der frühere Fernsehjournalist nennt als Berufsbezeichnung immer noch bescheiden «Hausmann». Tatsächlich macht inzwischen die Politik den Grossteil seines Berufslebens aus. Dort gelang es ihm in der ersten Legislaturhalbjahr, ein parteiübergreifendes Netzwerk aufzubauen, was in der eidgenössischen Politik Voraussetzung ist, um etwas bewegen zu können. Sein in der ersten Session eingereicherter Vorstoss für sicherere Fussgängerstreifen scheiterte zwar, fand aber auf Umwegen doch noch eine Mehrheit. «Ich reiche keinen Vorstoss ein, bei dem ich nicht vorher die Mehrheit auslote», lautet heute sein Vorsatz. So entstehen Vorstösse, die nicht nur die Verwaltung, sondern auch politisch etwas bewegen. Für Extrempositionen hat es so keinen Platz. Aebischer verfolgt bewusst eine «Brückenbauerpolitik». Eine Folge davon: Ab kommendem Jahr präsidiert er die Bildungskommission.

LORENZ HESS (BDP)

«Es ist nicht möglich, allein ein Thema zu besetzen», sagt Lorenz Hess. Er spricht von der Arbeit in der Gesundheitskommission, in der er als einziger Nationalrat die BDP vertritt. Allein ist es aufwendiger und schwieriger, die vielen meist komplexen Vorlagen wie beispielsweise die Revision der Invalidenversicherung kompetent vertreten zu können. Doch es kommt immer wieder vor, dass die Stimme der BDP gemeinsam mit den anderen Mitteparteien in der Kommission das Zünglein an der Waage spielt. Dass Hess

NADINE MASSHARDT (SP)

In ihren drei ersten Sessionen machte Nadine Masshardt, was von Debütanten im Nationalrat erwartet wird: Sie suchte nicht den grossen Auftritt, sondern startete vor allem mit seriöser Knochenarbeit. Unter anderem mit vorbildlicher Präsenz im Parlament: An 99,8 Prozent aller Abstimmungen nahm sie teil – häufiger als jedes andere Ratsmitglied.



Stagnierende Ausgaben für Stipendien

ANFORDERUNGEN Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Im vergangenen Jahr haben 47,5 Prozent der Stipendiaten Stipendien erhalten. Das ist ein Rückgang gegenüber den Jahren 2011 und 2012. Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Bund sucht erneut Ausschafter

ANFORDERUNGEN Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

Die Bundesregierung will die Ausgaben für Stipendien nicht erhöhen, weil die Ausgaben für Stipendien stagnieren.

nationalen Bühne bewegt haben



Hier hascht jeder nach der Deutungsmacht: Nationalratsaal.

als Gesundheitspolitiker nicht gross in Erscheinung getreten ist, erklärt er auch mit dem **Vize-Präsidium bei der BDP Schweiz**. Er schätzt die grösseren Einflussmöglichkeiten in der Kleinpartei. So finden die Fraktionssitzungen mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf an einem Bürotisch statt, wo Entscheide schnell und unbürokratisch gefällt werden. Hess hat keine Angst, dass die BDP zu wenig wahrgenommen wird. Der Versuchung zu polarisieren will er weiterhin widerstehen.



URS GASCHE (BDP)

Der frühere Berner Finanzdirektor räumt unumwunden ein, dass er **anfänglich «geschwommen»** ist und «ziemlich viel Zeit gebraucht» hat, um sich im Nationalrat «zurechtzufinden». Denn dieser funktioniert «radikal anders» als der bernische Grosse Rat. Vor allem die Vorbereitung der komplexeren Geschäfte und das viele Papier verursache viel mehr Aufwand. Beim Einarbeiten bremsen den «echten Milizler» aber auch seine beruflichen Verpflichtungen – unter anderem das Verwaltungsratspräsi-



ALINE TREDE (GRÜNE)

Nix da vom ungeschriebenen Gesetz, das im Ständerat den Parlamentariern während ihrer ganzen ersten Session ein Schweigebot auferlegt. Aline Trede legte stattdessen einen **rekordverdächtigen Blitzstart** hin: Keine zehn Minuten nach der Vereidi-

gung als Nationalrätin zum Beginn der Frühlingssession dieses Jahres schritt sie schon ans Rednerpult und erschien damit abends auch gleich in der «Tagesschau». Sie sei selber überrascht gewesen, dass ihr Geschäft unmittelbar nach der Vereidigung traktandiert worden sei, sagt sie.

Als neue Nationalrätin war Trede auch **wegen ihrer Kandidatur für das VCS-Präsidium im Gespräch**. Medien berichteten damals, dass selbst VCS-Mitglieder gegen Trede Stimmung machten. Sie selber spricht heute von einer «Schlamm Schlacht». Schliesslich wurde die Berner SP-Nationalrätin Evi Allemann gewählt. In ihren ersten drei Sessionen hat Trede für die eigene Fraktion **noch keine grossen Geschäfte betreut**. Das soll sich aber in der Wintersession ändern: Als Mitglied der Bildungskommission wird sie beim Weiterbildungsgesetz die Fäden ziehen.



KATHRIN BERTSCHY (GLP)

Viele nahmen die Grünliberalen lange Zeit vor allem als Martin Bäumles Einmannpartei wahr. Dies änderte sich spätestens während der grossen Agrardebatte vom Herbst 2012. Kathrin Bertschy gelang es dabei, der grossen SVP Paroli zu bieten und **gegen die starke Bauernlobby mehrere Anliegen durchzusetzen**.

Rückblickend beschreibt Bertschy die ersten zwei Jahre in der Bundespolitik als spannende Erfahrung. «Es war aber **nicht einfach, sich Respekt zu verschaffen**.» Dabei merkte sie auch, wie schwierig es ist, Beruf und ein Nationalratsmandat unter einen Hut zu bringen. Bei jedem Geschäft gebe es die Möglichkeiten, nur ein wenig mitzulaufen oder sich voll reinzuknien. Wer sich für den zweiten Weg entscheide, «kann aber extrem viel bewegen».

Man spürt, dass sich Bertschy ins Thema Landwirtschaft eingekniet hat. Sofort **spricht sie**

JÜRIG GROSSEN (GLP)

Der Zutritt in die Energiekommission blieb dem Elektroplaner und Unternehmer Jürg Grossen verwehrt. Bei diesem Sitz musste er dem Parteipräsidenten Martin Bäumle den Vortritt lassen, da es dort um Kernthemen der Partei geht. Stattdessen politisiert er nun in der Verkehrskommission. Der **grosse Wurf ist ihm in der Verkehrspolitik noch nicht gelungen**, was als Vertreter einer kleinen Mittepartei gewiss auch schwierig ist. Grossen sieht seine Hauptaufgabe vor allem darin, **hinter den Kulissen** andere Fraktionen für die Themen der Grünliberalen zu sensibilisieren.



Tabuzonen an und erläutert mit präzisen Beispielen und Zahlen, was noch verbessert werden müsste. Eines der nächsten Themen, mit denen sie sich in der Wirtschaftskommission beschäftigen wird, ist die Revision des Kartellrechts.



REGULA RYTZ (GRÜNE)

Kaum jemand sonst **startete derart turbulent**: Als frischgebackene Nationalrätin übernahm Regula Rytz auch gleich das **Co-Präsidium der Grünen Partei Schweiz** und blieb auch noch ein Jahr lang Gemeinderätin der Stadt Bern. Deshalb benötigte sie mehr Zeit, um sich

in den neuen Aufgaben warmzulaufen. Als Parteiverantwortliche kann sie sich nicht nur auf parlamentarische Arbeit konzentrieren, sondern gibt in der heute stark personalisierten Politik auch der Partei ein Gesicht. In dieser Hinsicht konnte Rytz zu Beginn **noch nicht brillieren** – dies wegen der erwähnten Mehrfachbelastung. Medien bezeichneten sie nach dem ersten Jahr als «unsichtbare Präsidentin», da sie weniger öffentliche Auftritte hatte als die Präsidenten anderer kleiner Parteien. In der Umfrage der «SonntagsZeitung» über die wichtigen Politiker belegte sie den letzten Platz – zwei Drittel der Befragten kannten sie nicht. Inzwischen hat Regula Rytz aber **Boden gutgemacht**, wie sie findet. Ein Vergleich in der Schweizer Mediendatenbank bestätigt das. Verstärkt bringt sie sich auch in der Verkehrskommission ein, der sie seit Anfang Jahr angehört.



Verliert die Post ihre grössten Kunden?

BUND UND KANTONE Die Menschen für den Versand tätig von den Diensten der Post überlassen, weil diese in einer **Leistungsbranche** sind.

Die Post ist ein Dienstleister, der grössten Kunden verliert. Bund und Kantone können nämlich den Post nicht mehr bezahlen, weil diese in einer **Leistungsbranche** sind. Die Post ist ein Dienstleister, der grössten Kunden verliert. Bund und Kantone können nämlich den Post nicht mehr bezahlen, weil diese in einer **Leistungsbranche** sind.

Wie viel Post verschickt Bund?

Die Post ist ein Dienstleister, der grössten Kunden verliert. Bund und Kantone können nämlich den Post nicht mehr bezahlen, weil diese in einer **Leistungsbranche** sind.

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

Wie viel Post verschickt Bund?

In Kürze

Vor allem Frauen schätzen sie

Vor allem Frauen schätzen sie

Zahl der Raucher bleibt stabil

Zahl der Raucher bleibt stabil